

II. Polens Offensive gegen Danzig

Sofort begann die Polonisierungspolitik auch gegen die Freie Stadt Danzig. Die deutsche Delegation auf der Versailler Konferenz hatte unter Berufung auf die Erklärungen von Präsident Wilson (Nr. 13) vergeblich gegen die Abtretung Danzigs protestiert. Polen sah in dem neuen Status der Stadt von Anfang an nur eine Ausgangslage für die endgültige Polonisierung. Sie hatte sich in Danzig mit 24 verschiedenen Diensten (Nr. 14) niedergelassen und betrachtete jeden von ihnen als polnische „Zelle“ und „Wachstumsknospe“. Aus einer Beobachtung des Oberkommandos des deutschen Heeres am Ende des Polnischen Krieges (S. 279) geht hervor, dass die wichtigsten dieser Dienste in militärische Stützpunkte umgewandelt worden waren. Gegen polnische Übergriffe musste sich die Freie Stadt Danzig ständig an den Hohen Kommissar des Völkerbundes oder an den Rat selbst wenden. Durch Missbrauch seiner Post- und Eisenbahnprivilegien (Nr. 15, 16), unterstützt durch die chauvinistischen polnischen Studentenverbände sowie durch militärische Organisationen (Nr. 17, 18) und vor allem durch die Ausübung gnadenlosen wirtschaftlichen Drucks (Nr. 19), Polen versuchte unermüdlich, Danzig zu zwingen, sich den polnischen Interessen zu beugen. Die Eingriffe der Polen über die Souveränitätsrechte Danzigs deckte die unterschiedlichsten Aspekte des politischen und wirtschaftlichen Lebens der Freien Stadt ab (Nr. 20). Als besonders gefährliches Element der polnischen Expansion erwiesen sich die polnischen Militäranlagen auf der Westerplatte. Polen hat sie stets als militärische Unterstützung betrachtet und entsprechend weiterentwickelt (Nr. 21). Die Verstärkung der polnischen Garnison auf der Westerplatte (Nr. 21, 22) und das unangemeldete Abstellen eines polnischen Munitionsdampfers im Sonderbecken der Westerplatte (Nr. 23) im März 1933 stellten Handlungen seitens Polens dar. Verstöße So offensichtlich, dass es selbst unter den Warschauer Diplomaten kaum jemanden gab, der die Verfahren der Regierung, bei der sie akkreditiert waren, nicht scharf verurteilte (Nr. 24). Und während: . Obwohl es zwar durchaus darum ging, seine Stellung auf Danzig auszudehnen, richtete es gleichzeitig den schwersten Schaden am Hafen der Stadt an, indem es Konkurrenz im Hafen von Gdingen schuf, der davon profitierte von all seinen Gunsten (Nr. 25).

B. Deutsche Bemühungen um eine Einigung mit Polen, 1933–1939.

Verhandlungen über ein deutsch-polnisches Annäherungsabkommen (Mai 1933 – Januar 1934). Im Interesse des Friedens zwischen den Nachbarn und des Friedens in Europa beschloss der Führer gleich nach seiner Machtübernahme, die deutsch-polnischen Beziehungen auf eine völlig neue Grundlage zu stellen und zu diesem Zweck eine Einigung mit Polen herbeizuführen. Bemühungen in dieser Richtung begannen im Mai 1933 und dauerten bis 1939. Am 17. Mai 1933 wies der Führer im Reichstag erstmals öffentlich auf die Notwendigkeit einer Lösung im Osten hin (Nr. 29). auf dieser Notwendigkeit hatte er bereits in seinem Treffen mit dem polnischen Minister am 2. Mai sehr deutlich hingewiesen (Nr. 26). Die Annäherungspolitik wurde mit Verhandlungen über die Wiederherstellung des Zollfriedens eingeleitet (Nr. 30,31). Nachdem er im Oktober 1933 öffentlich wiederholt hatte, dass er zu einer Einigung bereit sei, traf sich der Führer am 15. November 1933 mit Minister Lipski, bei dem der Beschluss des Führers und des Marschalls Pilsudski zum „Verzicht“ für ihre jeweiligen Staaten verabschiedet wurde. „zu jeder Anwendung von Gewalt in

Beziehungen zwischen ihnen", war gut etabliert (Nr. 32). Unmittelbar danach wies der Führer den deutschen Gesandten in Warschau an, Marschall Pilsudski persönlich den Abschluss einer schriftlichen Vereinbarung vorzuschlagen und einen Entwurf hierzu vorzulegen (Nr. 33). Es wurde jedoch bereits festgestellt, dass die vorgeschlagene Regelung für Deutschland „in keiner Weise die Anerkennung der derzeitigen Länder impliziert" und dass sie mit der geplanten Erklärung „eher vorgeschlagen" sei

• - - • . aller Probleme, also auch territoriale Probleme"

■ - 1 Betrachtete das Abkommen von 1934 immer als einen freundschaftlichen Rahmen, ri- ---, .r daraus, ■-•i.' : !• ■ • „Gemeinsame Beziehungen der beiden Völker konnten wir erreichen."

in Œüe -: • ; q-.ir. - . ein ix. Territorialfragen. Marschall Pilsudski stimmte zu

es _ . --ment den Vorschlag a'.l-ü.und- einer schriftlichen Vereinbarung. Seine Aussage „diese Germanophobie

„Mlenaire des polnischen Volkes würde große Schwierigkeiten bereiten" (Nr. 34) zeigt jedoch die Intensität. - Skepsis, die er selbst gegenüber der Möglichkeit einer wirklich tiefgreifenden Veränderung der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem Land empfand. Und während. Nach Auffassung der Bundesregierung sollte das geplante Abkommen die Möglichkeit bieten, schrittweise zu einer Regelung aller Probleme der deutsch-polnischen Beziehungen zu gelangen, wobei die wichtigsten polnischen Verhandlungsführer sofort versuchten, was durchaus charakteristisch ist, Probleme der deutschen Minderheit auszuschließen aus dem Geltungsbereich der Vereinbarung (Nr. 35, 36). Am 26. Januar 1934 wurde die deutsch-polnische Annäherungsurkunde unterzeichnet und veröffentlicht (Nr. 37). Auf deutscher Seite waren wir loyal entschlossen, der Vergangenheit ein Ende zu setzen. Nur der Führer selbst hatte die nötige Autorität im deutschen Volk, nicht nur um die Menschen vergessen zu machen, was geschehen war, sondern auch um die öffentliche Meinung zu einer positiven Haltung gegenüber Polen zu bewegen. Selbstverständlich erwartete Deutschland, dass sich von nun an auch die Lage der deutschen Minderheit in Polen völlig verbessern würde.

Keine Verbesserung der Lage der deutschen Minderheit durch die Politik der deutsch-polnischen Annäherung.

(November 1933 – August 1934.)

Diese Erwartung wurde enttäuscht. Wenige Tage nach dem historischen Treffen zwischen dem Führer und Minister Lipski teilte das deutsche Konsulat in Thorn mit, dass es bei schweren Ausschreitungen in Graudenz gegen Angehörige der deutschen Minderheit zu einem Todesopfer und weiteren zwölf Verletzten gekommen sei (Nr. 39,40).) Ende 1933 musste der Präsident der Gemischten Kommission Oberschlesiens, der Schweizer Calonder, in Bezug auf die Behandlung der deutschen Minderheit im polnischen Oberschlesien „zu seinem großen Bedauern feststellen, dass die Politik der Annäherung fehlgeschlagen ist." „hat noch keine Besserung gebracht", während es im deutschen Teil seines Zuständigkeitsbereichs kaum Anlass zur Beanstandung gab (Rn. 41). Die Unterzeichnung des Annäherungsabkommens war sogar der Ausgangspunkt für neue Initiativen gegen deutsche Interessen (Nrn. 42-47). Die deutschen Vertretungen in Polen kamen Ende 1934 zu dem Schluss, dass nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lage der deutschen Minderheit in Polen zu verzeichnen sei.

Polen entgeht der Kontrolle des Minderheitenregimes des Völkerbundes.

(September–November 1934.)

Wir wissen heute, dass Polen im Abkommen mit Deutschland eine hervorragende Möglichkeit sah, die deutsche Minderheit in zehn Jahren kaltblütig und endgültig zu liquidieren. unter der Annahme, dass Deutschland und die deutsche Presse, getreu dem Geist des Versöhnungsabkommens, schweigen würden. (Siehe auch Nr. 54 und 145.) Auch die unwillkommene Kontrolle des Vertrags und der Minderheiten durch den Völkerbund sollte aufgehoben werden. Am 13. September 1934 verurteilte Polen vor der Versammlung des Völkerbundes die Zusammenarbeit mit dem Völkerbund Organisation von Genf bei der Umsetzung des Minderheitenschutzvertrags (Nr. 8 48, 49). Praktisch kam die polnische Initiative der Aufhebung des letzteren gleich. Die Garantiemächte des Westens, England und Frankreich, beschränkten sich sich einer förmlichen Abmahnung an die Versammlung des Völkerbundes unterworfen, obwohl sie sich der Schwere und Tragweite der Entscheidung Polens vollkommen bewusst gewesen sein müssten. Auf deutscher Seite konnten sie die polnische Initiative nicht nur mit schärfsten Vorbehalten begrüßen, die Polen auferlegten Minderheitenschutzverpflichtungen seien „der Gegeneffekt der besonders ungünstigen Grenzziehung der Pariser Friedenskonferenz“

'50, 51). Auch der Reichsaußenminister wies den deutschen Botschafter an, der polnischen Regierung ausdrücklich mitzuteilen, dass Deutschland das Schicksal des deutschen Elements in Polen nicht aufhalten könne, dies würde weit weniger bedeuten als die Rechte der Minderheiten

- - integraler Bestandteil der Gesamtverordnung von 1919. (Nr. 52.) Der Minister für Angelegenheiten £*: . - „Polen antwortete mit der ausdrücklichen Erklärung, dass die polnische Verfassung fortbesteht.“

würde schaden: ■die Rechte von Minderheiten stärken und bekräftigte seine guten Absichten im Hinblick auf die Prüfung der Ansprüche, die Deutschland vorbringen könnte (Rn. 53).

Die Situation der deutschen Minderheit verschlechtert sich weiter.

(November 1934 - Oktober 1937.)

Trotz polnischer Zusicherungen änderte sich die Situation nicht. Während die deutsche Presse im Interesse des Friedens zwischen den Nachbarn schwieg, setzte die polnische Regierung ihren Vernichtungskampf energisch fort. Auch die Botschaft, die Generalkonsulate und die Konsulate Deutschlands in Polen (n08 54-80) können im Zeitraum zwischen November 1934 und Oktober 1937 immer wieder über neue Initiativen gegen die deutsche Minderheit berichten. Die Liste seiner Verluste wächst in allen Bereichen seines Bestehens. Agrarreformen, Entlassungen von Arbeitern, Schäden am deutschen Erbe, körperliche Gewalt und Terroranschläge, Verfolgungen durch die berühmte Westföderation werden immer schlimmer und ein systematischer Boykott vollendet die Polonisierung der Schwerindustrie, des Landbesitzes und des Arbeitsmarktes. Es entstehen erste Ansprüche auf neue Teile des Reichsgebietes. Deutsche Proteste gegenüber der polnischen Regierung werden manchmal mit Versprechungen, häufiger jedoch mit Ausflüchten beantwortet und der deutsch-polnische Pressefrieden wird missbraucht (Nr. 62). Auch die Vertreter Deutschlands in Polen können in dieser Zeit nur feststellen, dass es zu keiner Annäherung kommt und wir im Gegenteil eine Verschlechterung der Beziehungen verzeichnen müssen.

Gespräche im Zusammenhang mit einer deutsch-polnischen Erklärung zum Umgang mit Minderheiten. (Januar-November 1937.)

Angesichts des bevorstehenden Auslaufens des Genfer Abkommens über Oberschlesien unternahm Deutschland im Frühjahr 1937 einen neuen Versuch, durch freundschaftliche Verhandlungen zum Abschluss eines frei vereinbarten bilateralen Minderheitenvertrags zu gelangen. Weil. Auch nach dem Auslaufen dieses Genfer Abkommens war Polen an die Bestimmungen des Minderheitenvertrags vom 28. Juni 1919 (Nr. 82) gebunden. Allerdings muss der deutsche

Botschafter in Warschau schon beim ersten Kontakt feststellen, dass die Zustimmung Polens zu einem bilateralen Vertrag nicht zu erreichen ist (Nr. 83). Und Polen bleibt auch im zweiten Anlauf bei seiner Weigerung (Nr. 84). Herr Beck glaubt, dass ein Vertrag dieser Art die polnische Souveränität verletzt. Ebenso stoßen Verhandlungen über die durch das Auslaufen des Genfer Abkommens aufgeworfenen Fragen auf Schwierigkeiten, sobald Minderheitenfragen berührt werden (Nr. 85, 86 und 92). Anfang Juni 1937 kam es in Warschau zu einem neuen Ansatz Deutschlands zum Abschluss eines Minderheitenvertrags (Nr. 87, 88, 89). Bei dieser Gelegenheit wird erneut festgestellt, dass „Polen als integraler Bestandteil der Gesamtregelung von 1919 einseitige Minderheitenverpflichtungen übernommen hat“, und es wird auch ausführlich die untragbare Situation der deutschen Minderheit in Polen dargelegt. Im Interesse des Friedens zwischen Nachbarn. Deutschland ist bereit, sich anstelle des Abschlusses eines zweiseitigen Vertrags mit zwei gleichzeitigen, inhaltlich übereinstimmenden öffentlichen Erklärungen der jeweiligen Regierungen zu begnügen (Nr. 88). Inmitten dieser Verhandlungen entstanden – nicht zufällig – polnische Gesetze, die, genau am Tag des Auslaufens des Genfer Abkommens erlassen, in Oberschlesien vollendete Tatsachen schaffen und den Beginn einer Fortsetzung der Liquidation darstellen sollten Verfahren, dessen Gegenstand die deutsche Minderheit ist (Nr. 93, 94). Dennoch gelang es uns schließlich, uns auf die Ausarbeitung einer Minderheitenerklärung zu einigen und den Termin für deren Veröffentlichung festzulegen (Nr. 95). Damals, genau am Tag vor der geplanten Veröffentlichung, wurde im polnischen Oberschlesien ein neues, äußerst minderheitenfeindliches Schulgesetz verkündet, so dass eine Veröffentlichung der Erklärung nicht in Betracht gezogen werden konnte (Nr. 96, 97). Neu Es wurden Verhandlungen notwendig, um die Auswirkungen dieses Sabotageversuchs gegen den Woiwoden von Oberschlesien, Grazynski (Nr. 98, 99), auszugleichen. Am 5. November 1937 gelang es uns jedoch schließlich, die Erklärung der Minderheiten von zu veröffentlichen Die beiden Regierungen (Nr. 101). Der Führer empfängt Vertreter der polnischen Minderheit. Seine herzlichen Worte (Nr. 102) waren wie eine zurückhaltendere Demonstration des Präsidenten der Polnischen Republik (Nr. 103). Dennoch war der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Herr Beck, spricht vom festen Wunsch der polnischen Regierung, die Minderheitenerklärung zum Ausgangspunkt einer Politik zu machen, die darauf abzielt, die Situation zu verbessern (Nr. 100). Ein für den polnischen Botschafter verfasstes Aide-mémoire weist darauf hin was Deutschland von Polen nach diesem neuen Annäherungsversuch erwartet (Nr. 104).

Polen ignoriert die deutsch-polnische Minderheitenerklärung. (November 1937 – November 1938.) Wieder einmal folgt auf die Hoffnung, und zwar knapp, die Enttäuschung. Bereits am 22. November 1937 verkündete das Generalkonsulat Kattowitz eine neue Welle von Drohungen und Entlassungen (Nr. 105). Krakau ist von germanophoben Demonstrationen betroffen (Nr. 106). Am 11. Dezember muss der deutsche Botschafter den polnischen Außenminister auf folgende Tatsachen aufmerksam machen: In Oberschlesien hat sich nichts geändert, wo der Kampf gegen die protestantische Kirche weiter zugenommen hat

!- Vergewaltigung-. !. : Die Tätigkeit des Westmarschbundes geht weiter, so dass in Berlin bereits eine gewisse Ernüchterung herrscht (Nr. 109). Am 25. Januar 1938 war es notwendig, den Verstoß gegen eine _ Verordnung in Bildungsangelegenheiten (Nr. 111) festzustellen und am 8. des Folgemonats einen Zweifel zu äußern

_ -■ Polnische Versprechen (Nr. 112). Im März 1938 gelang es dem deutschen Senator Wiesner Und ' . , Parlament von 60 bis 80 Prozent Arbeitslosigkeit für deutsche Arbeitnehmer im Oberland - ■ Gesamtarbeitslosigkeit für deutsche Jugendliche (Nr. 113). Ebenso keine Verbesserung

Maine School (Nr. 11-1). Die Westföderation, die Presse und andere Faktoren der polnischen Meinung kümmern sich nicht nur nicht um die Erklärung über Minderheiten, sondern sie . * Armed berücksichtigt nicht einmal den deutsch-polnischen Frieden. Unaufhörliche Demonstrationen und Proteste, zahlreiche Artikel und gewalttätige Reden (Nr. 8 116. 117) beweisen, dass das polnische Volk nicht an eine moralische Abrüstung gegenüber Deutschland denkt.

VII Der Notenaustausch zwischen Deutschland und Polen über den Olsa-Bezirk und die Maßnahmen der Polen gegen die deutsche Minderheit in dieser Region.

(Oktober 1938 - März 1939.)

Deutschland macht die gleichen Erfahrungen mit der Olsa-Region. Die deutsche Freundschaft ermöglichte es Polen, diese Region während der Verhandlungen mit der Tschechoslowakei zu übernehmen. Polen zeigte seine Anerkennung unmittelbar nach der Besetzung des Landes durch die Entfesselung des namenlosen Terrorismus gegen das dortige deutsche Element sowie gegen die tschechische Bevölkerung (Nr. 118). Ein deutscher Protest führte zur Ausweitung der Minderheitenerklärung auf die Olsa-Region (Nr. 119). Dennoch dauern Vertreibung und Entgermanisierung in allen Bereichen des germanischen Lebens an; die Zahl der Flüchtlinge erreichte mehrere Tausend (n03 1 20. 121). Neue Darstellungen (n08 122.125) bleiben ohne Ergebnis. Die Liste der deutschen Verluste an Arbeitsplätzen, in Schulen, im Bereich des Grundbesitzes sowie im Bereich der Kultureinrichtungen wächst rasant. Der deutsche Konsul in Teschen spricht von einer „großen Offensive gegen alle deutschen und tschechischen Arbeiter und Angestellten" (Nr. 126).

Zunehmende Verschärfung der Maßnahmen der Polen gegen die deutsche Minderheit. (Oktober 1938 - März 1939.)

Nach der Zuteilung der Olsa-Region an Polen nahm der polnische Druck auch in den anderen deutschen Regionen von Tag zu Tag zu. Der Erfolg der Olsa machte die Polen überheblich (Nr. 128) und weckte ihren Wunsch nach weiteren Gebietsvergrößerungen, für die die Deutschen dieses Mal den Preis zahlen würden. Polnische Verbände und polnische Zeitungen verkündeten ihre Gebietsansprüche (Nr. 8 129. 130). In Oberschlesien gehen die Entlassungen weiterhin rasant voran (Nr. 8131 und 134) und deutsche Schulen verbieten Werke wie Goethes „Dichtung und Wahrheit" (Nr. 133). Im Januar 1939 kam es zu Verhaftungen und Enteignungen; Die Boykotte gehen weiter (Nr. 8 137, 138 und 140). Die deutsche Bevölkerung ist verzweifelt (Nr. 142). Der Besuch von Außenminister von Ribbentrop in Warschau und seine neuen Bemühungen um eine deutsch-polnische Annäherung bleiben wirkungslos. Die polnische Regierung öffnete die Schleusen und war damit verantwortlich für die antideutsche Welle, die am 24. und 25. Februar 1939 mit beleidigenden Demonstrationen vor dem Hotel der Deutschen Botschaft ihren ersten Höhepunkt erreichte (Nr. 08 146.147). mit Störungen in Posen (Nr. 8 148.150), in Krakau (Nr. 149) und in anderen Städten. Immer häufiger wird die Eroberung Danzigs und anderer deutscher Gebiete gefordert (Nr. 151); Deutschland warnt Warschau (Nr. 152), indem es auf die von Polen übernommene Verantwortung aufmerksam macht. Der deutsche Botschafter von Moltke kann lediglich feststellen, dass die Basis für die Arbeit der deutsch-polnischen Annäherung in Polen immer enger wird (Nr. 155).

Fortsetzung der Enteignungen von Eigentum der Deutschen unter Missachtung von Erklärung zu Minderheiten.

(Februar 1938 - Februar 1939.)

Die Vertreibung der Eigentümer der deutschen Minderheit aus ihrem Land stellt ein eigenes Kapitel im Kampf gegen das deutsche Element dar (N08 156–168). Trotz des Versöhnungsabkommens von 1934 und der Minderheitenvereinbarung von 1937 kommt es immer häufiger zu Enteignungen unter dem Vorwand des Agrarismus, der der gesamten Minderheit wirtschaftliche Verluste zufügt und eine neue Situation provoziert der Auswanderung. Angesichts der Geringfügigkeit der gezahlten Entschädigung (Nr. 159) sind diese Expropn. ' • sind etwas anderes als verkapptes Banditentum. Trotz deutscher Interventionen der Verlust abs.. - •: Mit jeder neuen Liste der zu enteignenden Böden erhöht sich der Betrag des deutschen Bodens. Im November 1998: „-noch einmal, um eine Diskriminierung der deutschen Minderheit zumindest in Zukunft zu verhindern" 161). Es wurden Versprechungen gemacht (Nr. 162), doch das neue Enteignungspaket vom Februar 1939 blieb bestehen. Deutsches Eigentum sogar mehr als im Vorjahr (n08 163. 161).

Weitere deutsche Versuche, die Lage der deutschen Minderheit zu verbessern
Deutsch-polnische Verhandlungen.
(November 1937 - März 1939.)

Dennoch versuchte das Reich in einem neuen Versuch, die Lage der deutschen Minderheit durch Verhandlungen zu verbessern. Bereits im November 1937 empfahl er einen regelmäßigen Meinungs austausch zwischen Vertretern beider Staaten über Minderheitenfragen. Polen reagiert nicht. Der Vorschlag wurde im Mai 1938 erneuert (Nr. 170). Auf Ford'.- Reichsaußenminister (n® 171) haben wir am 9. Juli zum dritten Mal versucht, regelmäßige Gespräche über Minderheitenfragen aufzunehmen und das im Sinne der ': • :> von '37 (na 17z. Durch seine zögerliche Haltung (n" 173.174) Polen verzögerte die Einträge im November 1937; dies n 'ist das während des Besuchs des Außenministers<" • - - Vais- -vie. am 26. Januar 1939, dass der Beginn des ersten Treffens definitiv vorgesehen sei (n' z Z ' < «r schließlich begann der Meinungs austausch am Der 27. Februar (Nr. 175). Polen beteiligte sich an den e-> ■ féreives in einem so negativen Geist (Nr. 176), dass die deutsche Delegation am 4. März abschließend feststellen musste: „Die Polen tun das nicht." denken in keiner Weise über eine Änderung ihrer Politik gegenüber der deutschen Volksgruppe nach. Sie sind zwar zu kleinen Zugeständnissen in Bereichen von geringerer Bedeutung bereit, streben aber danach, ihre Politik in Angelegenheiten, die den Bestand der Volksgruppe Deutscher betreffen, mit größter Energie zu verfolgen der Entgermanisierung" (Nr. 178). Mit dieser Sabotage unermüdlicher deutscher Versuche endet ein langes Kapitel der Annäherung voller Enttäuschungen.

XL Die Situation in Danzig.
(1933—1939.)

Auch Danzig war in die deutsch-polnische Annäherung einbezogen worden. Durch direkte Erklärungen und durch Hilfe bei der Lösung offener Schwierigkeiten. Danzig wollte seinerseits dazu beitragen, die deutsch-polnischen Beziehungen grundlegend zu verbessern. Auf seine Initiative hin wurden am 5. August 1933 verschiedene Vereinbarungen getroffen, die seit vielen Jahren umstrittene Fragen klären sollten (Nr. 179). Dennoch wurden Polonisierungsversuche fortgesetzt (n® 180). Am 6. August 1934 wurden Vereinbarungen zu Wirtschafts- und Zollfragen unterzeichnet (181). Polen bleibt seinen Expansionsbemühungen jedoch treu. Zu diesem Zweck militarisiert sie 17 polnische Vereine und Unternehmen in Danzig (Nr. 182) und entlässt deutsche Eisenbahner in Danzig massenhaft (Nr. 6 183, 184, 186). Ende Juli 1935 führte ein polnischer Versuch, durch eine

irreguläre Zollanordnung die wesentlichen wirtschaftlichen Grundlagen des Danziger Hafens zu untergraben, zu einem schweren Konflikt (Nr. 185). Im Juli 1936 kam es in Warschau zu großen Demonstrationen gegen Danzig, an denen sich auch regierungsfreundliche Verbände beteiligten; Plakate fordern, dass Polen seinen Anteil am Hausrecht in der deutschen Stadt erhält (Nr. 187). Mitglieder der polnischen Kolonie treffen in Danzig ein, um das Reich und die Insignien seiner Souveränität zu beleidigen (Nr. 190). Im August 1938 wurde ganz Polen von einer Welle antideutscher Propaganda erschüttert. Danzig ist eines der wichtigsten Themen der Aufregung, die es auslöst. Diese provokante und chauvinistische Agitation wird von Territorialforderungen begleitet (Nr. 193). Der Präsident des Senats protestiert gegen den Vertreter Polens in Danzig, der seinerseits während einer polnischen Demonstration auf dem Gebiet von Danzig seine Landsleute zum Leben eingeladen hatte, in der Hoffnung, dass sie „so bald wie möglich in Not geraten würden“. in Danzig auf polnischem Boden" (Nr. 192). Der Kampf gegen Danzig findet auf allen Gebieten statt, insbesondere aber auf wirtschaftlichem Gebiet (Nr. 191). Wir fordern bzw. verkünden weiterhin die Annexion Danzigs durch Polen (Nr. 194, 195). Warschauer Kreise betrachten Streitigkeiten zwischen deutschen und polnischen Studenten als Vorwand, „gegen Danzig militärisch vorzugehen" (Nr. 196).

XII. Bemühungen Deutschlands um eine gütliche Lösung der Angelegenheit von Danzig und dem Korridor. (Oktober 1938 - Mai 1939.)

Der zwölfte Abschnitt des Teils B des ersten Kapitels bietet mit seinen Dokumenten von Nr. 197 bis Nr. 216 die wichtigsten Belege für die Aufrichtigkeit und Mäßigung, mit der Deutschland trotz aller Misserfolge eine endgültige und ehrenvolle Lösung zu finden suchte beiden Parteien des grundsätzlichen deutsch-polnischen Problems, nämlich des Danzigetdu-Korridors. Die allgemeine Verschärfung der Spannungen in den deutsch-polnischen Beziehungen sowie die Minderheitenproblematik verlangten dringend nach einer Lösung der beiden Fragen. Es ist von größter Bedeutung, dass Deutschland die Lösung nicht gegen Polen, sondern mit ihm auf der Grundlage der 1934 initiierten Verständigung suchte und seine Forderungen auf ein Minimum reduzierte. Am 24. Oktober 1938 legte Außenminister von Ribbentrop dem polnischen Botschafter erstmals die deutschen Vorschläge vor und erläuterte deren Sinn und Tragweite (Nr. 197). Seine Vorschläge haben sich in ihrem Wesen nie verändert. Gegen die Rückgabe Danzigs an das Reich und eine exterritoriale Autobahn- und Eisenbahnkommunikation durch den Korridor, die auf dem Territorium Danzigs ihr Gegenstück zum Vorteil Polens gehabt hätte, schlug Deutschland Polen vor, dies endgültig anzuerkennen, indem es sie garantierte Grenzen davon, das heißt, auf die Wiedereingliederung des Überschusses zu verzichten

Abgetrennte Gebiete. Der Zeitpunkt war richtig: Mit Hilfe Deutschlands hatte Polen das Gebiet von Olsa erobert und strebte die Errichtung einer gemeinsamen Grenze mit Ungarn an. Zu diesem Zweck bemühte sich Botschafter Lipski um die Unterstützung Deutschlands. Am 19. November 1938 gab Herr Lipski eine teils ausweichende, teils zögernde Antwort (Nr. 198), die er mit der Berufung auf politische Schwierigkeiten begründete. Auch diese Antwort, anlässlich derer der Reichsaußenminister von - - - 1 • ri Tint* Wieder einmal verrieten weder die deutschen Vorschläge noch das Interview von Herrn Beck mit dem Botschafter am 14. Dezember (Nr. 199) auf polnischer Seite ein Gefühl der Einschüchterung. Der König.' Die Diskussion in dieser Angelegenheit fand am 5. Januar 1939 zwischen dem Führer und dem Außenminister Polens, Herrn Beck, statt (Nr. 200). Der Führer stellte den breiten freundschaftlichen Rahmen dar, in dem

t ■. 1 In Zukunft werden sich die deutsch-polnischen Beziehungen weiterentwickeln und eine

Lösung der Amzig- und Korridorfrage erreicht werden. Es war eine Regelung, die auch für Polen ein Gewinn war und jede Bedrohung ausschloss. Auch dieses Mal vermied Herr Beck einen Kommentar, erklärte sich aber bereit, „in völliger Ruhe sorgfältig über die Angelegenheit nachzudenken“. Am nächsten Tag wurde dieses Thema in einem Interview zwischen Herrn Beck und dem Außenminister zum vierten Mal ausführlich besprochen (Nr. 201) und erneut aufgegriffen. zum fünften Mal während eines Gesprächs in Warschau anlässlich des Besuchs des deutschen Ministers für Angelegenheiten – Wesen.gèr-•>i- 26. Januar 1939 (nD 202). Herr Beck versprach erneut, die Angelegenheit sorgfältig zu prüfen. Zwischen diesem Gespräch und dem sechsten Interview am 21. März 1939 (Nr. 203) lag der Zusammenbruch der Tschechoslowakei, der Polen die ersehnte gemeinsame Grenze mit Ungarn und dem ukrainischen Piemont bescherte. Der Außenminister von Reichli - - sofort die neue polnische Besorgnis, die sich daraus ergibt

Ich bin Polens Beteiligung an der Garantie des slowakischen Staates, um das Polnische zu konsolidieren, und nahm eine zufriedenstellende Wendung. Folgende Neuigkeiten

<t_ j-rmanophobes, bösartige Presseangriffe und neue Maßnahmen gegen die Deutschen. Deutschland hatte allen Grund, misstrauisch zu sein. Allerdings der Wirtschaftsminister

Und: Die Reichstruppen stellten nur die traditionell gemäßigten Forderungen und brachten den Wunsch zum Ausdruck, diese im Rahmen einer dauerhaften Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen freundschaftlich umgesetzt zu sehen. Gleichzeitig teilte er dem polnischen Außenminister mit, dass er sich freuen würde, wenn er ihn bald in Berlin besuchen würde. Polen kannte die deutschen Wünsche seit einem halben Jahr. Am 21. März konnte sie weder Überraschung erleben noch sich bedroht fühlen.

Die erste Reaktion Polens bestand in einer Teilmobilmachung am 23. März und Truppensammlungen bei Danzig (Nr. 204, 205, 207). Das Militär übte immer mehr Einfluss auf die Außenpolitik aus. England hatte seinen Einfluss bereits geltend gemacht (Nr. 206). Polen konnte damit rechnen, eine entscheidende Rolle in der ab dem 17. März verschärften britischen Einkreisungspolitik zu spielen und ihren Preis dafür zu zahlen, wie wir im zweiten Kapitel ausführlich sehen werden. Die zweite Reaktion Polens, die Weigerung vom 26. März 1939 (Nr. 208, Anlage), erfolgte daher unter dem Eindruck der englischen Schutzmaßnahme. Außenminister von Ribbentrop sah sich zu der Feststellung veranlasst, dass das Memorandum der polnischen Regierung keine Grundlage für die Lösung des deutsch-polnischen Problems biete. Der polnische Botschafter drohte daraufhin: Jede Fortsetzung dieser Projekte, insbesondere derjenigen im Zusammenhang mit Danzig, würde zum Krieg führen. Trotz aller Ernsthaftigkeit der Lage gab der Reichsminister des Auswärtigen angesichts dieser polnischen Provokation seine Geduld nicht auf, sondern empfahl der polnischen Regierung, auch nach Beruhigung der Lage noch so freundlich zu sein, eine eingehende Prüfung vorzunehmen Betreuung der deutschen Vorschläge: Dies war der siebte Versuch (Nr. 208). Die dritte Reaktion Polens war: neue antideutsche Unruhen in Bromberg, Ausbrüche der polnischen Presse (Nr. 209) sowie die Entfesselung einer Kriegshetze im ganzen Land, die das polnische Volk zum Waffengriff bewegen sollte. Bereits in einem Bericht des deutschen Botschafters vom 28. März 1939 hieß es, in Warschau herrsche „ein Gefühl der Sicherheit und Anmaßung“, die „angesichts des Charakters der polnischen Nation eine Gefahr darstellen“. Der Stellvertreter des Kriegsministers selbst verbreitete die Meinung von der Überlegenheit der polnischen Armee gegenüber der deutschen Armee (Nr. 210). Was den Außenminister, Herrn Beck, betrifft, so wurde er immer mehr zum Gefangenen des polnischen Chauvinismus, dem er sich schließlich unterwarf, indem er auf seine eigene Politik verzichtete (Nr. 216). Am 29. März hielt er es für angebracht, dem deutschen Botschafter mit einem „casus belli“

zu drohen, falls entweder Deutschland oder der Senat von Danzig das Statut der Freien Stadt Danzig (Nr. 211) ändern würden. Anstatt nach Berlin zu gehen, reiste er nach London, um den englischen Garantiepakt zu akzeptieren. Eine Zeit langwieriger deutscher Bemühungen um einen deutsch-polnischen Kompromiss war vorbei. Polen hatte sich endgültig für die Politik der Einkesselung Deutschlands entschieden. Auch äußerlich kehrte sie zur Erbfeindpolitik von 1919 zurück, einer Politik, der sie tief im Herzen nie abgeschworen hatte. Sie hatte das Abkommen von 1934 zerstört, das die Anwendung von Gewalt zwischen den beiden Staaten ausschloss, und verpflichtete sich, dieses Mittel gegen Deutschland anzuwenden, auch wenn es nicht auf dem Spiel stand (Nr. 213). In seiner Rede vor dem Reichstag vom 28. April (Nr. 214) sowie in der Denkschrift der Bundesregierung vom selben Tag (Nr. 213) brachte der Führer dies zum Ausdruck. j Sechs Jahre loyaler und geduldiger Bemühungen, die polnische Freundschaft zu gewinnen und gleichzeitig dafür zu sorgen, rementierte ernsthaft, übergab erneut an Polen und erklärte, dass Deutschland bereit sei, einer neuen vertraglichen Regelung zuzustimmen. Polen machte von diesem Angebot keinen Gebrauch: Es

im Gegenteil, beantwortet durch Herrn Becks arrogante Rede vom 5. Mai. durch ein Wiederaufleben der antideutschen Agitation sowie durch eine ununterbrochene Reihe von Reden und Artikeln, die neue deutsche Minderheits- und Reichsgebiete für Polen forderten. Aus autorisierten polnischen Kreisen hatten wir die Bestätigung, dass Herr Beck nicht nur ein Gefangener des polnischen Chauvinismus war, sondern auch englischen Machenschaften erlegen war (Nr. 216).

Revision #1

Created 12 October 2025 00:52:42 by investigatione

Updated 12 October 2025 00:52:59 by investigatione